

Stand: März 2024

Leitfaden Fachpersonal und Quereinsteiger:
Pädagogisches und therapeutisches Fachpersonal und
Beschäftigungsmöglichkeiten für Quereinsteiger*innen in den
stationären und teilstationären Einrichtungen
der Hilfen zur Erziehung und der Jugendberufshilfe

Nach § 45 des Achten Buches Sozialgesetzbuch - SGB VIII (Betriebserlaubnis) ist die Betreuung Minderjähriger in Einrichtungen durch geeignete Kräfte sicherzustellen. Die Eignung bemisst sich, neben der persönlichen Eignung, an der fachlichen Ausbildung der Beschäftigten und wird durch die für die Aufsicht nach § 45 SGB VIII zuständige Stelle festgestellt. Dies entspricht dem Fachkräftegebot des Achten Buches Sozialgesetzbuch, welches sich aus § 72 SGB VIII ergibt und in Verbindung mit § 74 Abs. 1 Nr. 1 SGB VIII auch für die freien Träger der Jugendhilfe Bedeutung erlangt.

Der Berliner Rahmenvertrag für Hilfen in Einrichtungen und durch Dienste der Kinder- und Jugendhilfe (BRVJug) vom 15.12.2006 greift das Fachkräftegebot auf und spricht in der Rahmenleistungsbeschreibung für stationäre Hilfen von den für die Aufgabenerfüllung erforderlichen sozialpädagogischen Fachkräften.

Im Folgenden wird auf die fachlichen Voraussetzungen eingegangen und definiert, welcher Personenkreis zu den sozialpädagogischen und therapeutischen Fachkräften in den stationären und teilstationären Hilfen im Sinne des Fachkräftegebotes des SGB VIII und im Sinne des BRVJug gehört.

Vor dem Hintergrund eines sich abzeichnenden Fachkräftemangels in den sozialen Handlungsfeldern waren für den Bereich der Hilfen zur Erziehung auch Regelungen zu treffen, die anderen geeigneten Kräften das Berufsfeld der erzieherischen Hilfen öffnen, ohne dadurch die

Qualität der Arbeit zu beeinträchtigen. Im Weiteren werden daher die neuen Beschäftigungsmöglichkeiten für Quereinsteigerinnen und Quereinsteiger und die diesbezüglichen Rahmenbedingungen und Verfahren der Genehmigung dargestellt.

1. Fachkräfte:

1.1 Pädagogische Fachkräfte

1.1.1 Mit Fachschulabschluss für Erzieher*stellen

- Staatlich anerkannte/r Erzieher*innen
- Staatlich anerkannte/r Heilpädagog*innen (FS)

1.1.2 Mit Fachhochschul-/ Hochschulabschluss für Sozialarbeiter*stellen

- Staatlich anerkannte/r Diplom-Sozialarbeiter*innen / Diplom-Sozialpädagog*innen
- Diplom-Pädagog*innen
- Staatlich anerkannte/r Diplom-Heilpädagog*innen (FHS/HS)
- Diplom-Psycholog*innen

1.1.3 Als Pädagogische Fachkräfte werden des Weiteren anerkannt:

- Inhaberinnen und Inhaber von Bachelor- und Masterabschlüssen, die die o.g. Diplome sukzessive ersetzen

Besonderheit: Erziehungswissenschaftler*innen benötigen zur Anerkennung das alleinige Fach Erziehungswissenschaften. Sollte Erziehungswissenschaften das Hauptfach - mit einem anderen Haupt- oder Nebenfach - bilden, so gilt diese Kombination als **verwandte Berufsgruppe**, siehe Punkt 3.3. In diesem Fall gelten die Regelungen für entsprechende Quereinsteiger, siehe Punkt 2 ff.

Abschlüsse nur mit dem Nebenfach Erziehungswissenschaften sind nicht anrechnungsfähig!

Absolventinnen und Absolventen von Bachelorstudiengängen, die die akademische Ausbildung von Erzieher*innen zum Ziel haben bzw. kindheitsspezifische Schwerpunkte besitzen (z.B. Früh-, Kindheits-, Evolutions- und Elementarpädagog*innen), **können nur auf Erzieher*innenstellen angerechnet werden.** Das gilt auch für Grundschul- bzw. Unterstufenpädagog*innen.

- Inhaberinnen und Inhaber von ausländischen Abschlüssen, die von der Einrichtungsaufsicht als anrechnungsfähig bewertet wurden, vorbehaltlich deutscher Sprachkenntnisse mit mindestens Niveau B2.

Besonderheit: Erfahrene Vollzeitpflegemütter/väter sowie Tagesmütter/väter können trägerbezogen auf Erzieher*innenstellen unter folgenden Voraussetzungen mit 28 W/Std. auf den Fachkräfteschlüssel angerechnet werden:

- der erfolgreiche Abschluss und Nachweis der einschlägigen Vollzeitpflegeeltern- bzw. Tageseltern-Qualifikationskurse im vollen Umfang
- den Nachweis einer mindestens dreijährigen, ununterbrochenen Tätigkeit als Vollzeitpflegemutter/-vater bzw. Tagesmutter/vater von unabhängiger Stelle (Jugendamt, Träger)
- der erfolgreiche Abschluss eines 300 Std.-Fortbildungskurses zur stationären Jugendhilfe im Land Berlin („QUASTE“ oder „Paritätär Kompaktkurs“)

Liegen die o.g. Voraussetzungen vor, kann eine Anrechnung auf eine Erzieher*innenstelle (außer als innenwohnende Kraft bei familienanaloge Angebote) erfolgen, **die aber immer begrenzt ist auf das jeweilige Angebot.**

Eine solche Anrechnung und jeder spätere Wechsel des Angebotes oder sogar des Trägers, bedarf **vorher** der Zustimmung der Einrichtungsaufsicht. Eine berufsrechtliche Gleichstellung mit Erzieher*innen oder eine Staatliche Anerkennung ist damit ausdrücklich **nicht** verbunden!

Der frühestmögliche Zeitpunkt für eine Anrechnung auf den Fachkräfteschlüssel – nach einem Beleg der dreijährigen Tätigkeit und dem Nachweis der einschlägigen Qualifikationskurse – ist die Vorlage einer schriftlichen Zusage für die Teilnahme an einem der beiden o.g. 300-Std.-Kurse.

Wird der jeweilige Kurs nicht angetreten, abgebrochen oder nicht bestanden, erlischt die Anrechnung auf den Fachkräfteschlüssel sofort.

Die Träger von Einrichtungen sind grundsätzlich gehalten, eine individuelle Fortbildungsplanung für Ihre Beschäftigten zu erstellen. Insbesondere für Fachkräfte ohne oder mit nur geringer Berufserfahrung kommt der vorbereitenden Qualifizierung bzw. der Qualifizierung im Laufe der Tätigkeit eine besondere Bedeutung zu. Dies gilt ganz besonders für überwiegend wissenschaftlich ausgebildete Fachkräfte (z.B. Diplom-Pädagog*innen, Diplom-Psycholog*innen), die sozialpädagogische Aufgaben wahrnehmen sollen.

Dies gilt auch für die Leitung von Einrichtungen. Die Leitung von Einrichtungen ist erfahrenen und besonders qualifizierten Fachkräften zu übertragen. Dies setzt in der Regel eine mindestens dreijährige Berufserfahrung sowie einen entsprechenden Fachhochschul- oder Hochschulabschluss voraus.

Abweichungen hiervon sind nur nach Genehmigung durch die Einrichtungsaufsicht zulässig.

1.2 Therapeutische Fachkräfte für Angebote nach § 35a SGB VIII

Fachkräfte mit mehrjährigen abgeschlossenen therapeutischen Zusatzausbildungen, insbesondere

- Psychologische/r Psychotherapeut*innen
- Systemische Psychotherapeuten*innen
- Familientherapeut*innen
- Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeut*innen
- Gestalttherapeut*innen
- Suchttherapeut*innen
- Kunsttherapeut*innen

2. Beschäftigungsmöglichkeiten für Quereinsteiger*innen

2.1 Allgemeine Voraussetzungen:

In begründeten Einzelfällen kann die nach § 45 SGB VIII zuständige Aufsicht Ausnahmen vom Grundsatz der Beschäftigung Pädagogischer Fachkräfte zulassen und andere Personen ganz oder teilweise anerkennen. Diese können dann unter entsprechender Anrechnung auf den Personalschlüssel beschäftigt werden.

Die Anerkennung setzt einen begründenden Antrag des Trägers der Einrichtung, in der die betreffende Person beschäftigt werden soll, voraus. Der Antrag ist an die Einrichtungsaufsicht (V D 1) vor Beschäftigungsbeginn zu richten. Die Genehmigung ist abzuwarten.

Die Anerkennung unter Anrechnung auf den Personalschlüssel erfolgt immer nur in Bezug auf den Einsatz in einem bestimmten Leistungsangebot. Bei einem Wechsel in ein anderes Leistungsangebot bzw. in eine andere Einrichtung muss vom Träger ein erneuter Antrag auf Anerkennung des Quereinstiegs gestellt werden.

2.2. Besondere Voraussetzungen

In begründeten Einzelfällen können Ausnahmen insbesondere für Gruppenangebote zugelassen werden. In familienanalogen Angeboten sind hingegen Pädagogische Fachkräfte bzw. als gleichwertig anerkannte Kräfte einzusetzen (siehe hierzu auch die Bestandsschutzklausel unter Punkt 3.3.4). Bei innewohnenden Mitarbeiter*innen sind Quereinsteiger*innen grundsätzlich unzulässig.

Der Anteil von Quereinsteiger und Quereinsteigerinnen in den jeweiligen Leistungsangeboten (z. Bsp. Gruppenangebote) darf 25% der notwendigen Stellenanteile nicht überschreiten. In Angeboten mit nur wenigen Beschäftigten ist im Einzelfall die Beschäftigung eines/r Quereinsteiger*in zulässig, auch wenn dadurch die Quote von 25% bereits überschritten wird.

Da die Quereinsteiger*innen in der Regel (noch) nicht über die gleichen fachlichen Voraussetzungen wie Pädagogische Fachkräfte verfügen, muss unter anderem gewährleistet sein, dass sie in ein Team von fachlich versierten Mitarbeiter*innen eingebunden sind, das sie im Krisenfall ggf. zeitnah unterstützen kann.

Der Träger muss im Rahmen seiner Dienstplangestaltung sicherstellen, dass Quereinsteiger*innen in den ersten sechs Monaten ihrer Beschäftigung jeder Zeit fachliche Unterstützung durch Pädagogische Fachkräfte erhalten können. Alleinige Nachtdienste (22.00 Uhr bis 6.00 Uhr) dürfen so erst nach sechs Monaten übernommen werden. Diese Ausschlusszeit verkürzt sich auf drei

Monate, wenn Sozialpädagogische Fachkräfte vom gleichen Träger in unmittelbarer Nähe erreichbar sind.

2.3. Prüfung des Antrages:

Die Einrichtungsaufsicht prüft den Antrag anhand

- der Voraussetzungen, die in der Person liegen, für die der Antrag gestellt wird,
- der Situation der Einrichtung und des Leistungsangebots, in der sie eingesetzt werden soll.

Die Einrichtungsaufsicht kann die Anerkennung der Anrechnung auf den Personalschlüssel von Nebenbestimmungen (Auflagen) abhängig machen. Die Anerkennung erlischt, wenn die Voraussetzungen für die Anerkennung entfallen. Die Anerkennung kann gleichfalls zurückgenommen werden, wenn nachträglich Tatsachen bekannt werden, die die persönliche oder fachliche Eignung der betreffenden Person in Frage stellen.

3. Personengruppen

3.1 Berufsbegleitende Ausbildung

Die berufsbegleitende Ausbildung (Teilzeitausbildung) zum/r staatlich anerkannten Erzieher*in ist eine gute Alternative zur Vollzeitausbildung. Durch den Theorie-Praxis-Verbund wachsen die späteren Fachkräfte in das Arbeitsfeld hinein und lernen den erzieherischen Alltag von Beginn an kennen. Für die Träger von Einrichtungen bietet sich die Chance, die angehenden Erzieher*innen für das spezifische Aufgabenfeld zu interessieren und zu qualifizieren und so Fachpersonal von morgen zu akquirieren. Das Ziel der Teilzeitausbildung ist die Übernahme in ein dauerhaftes Beschäftigungsverhältnis.

Voraussetzung für die Aufnahme der dreijährigen Teilzeitausbildung ist eine erzieherische Tätigkeit mit mindestens der Hälfte der ortsüblichen wöchentlichen Arbeitszeit in einer anerkannten

sozialpädagogischen Einrichtung. Die Anrechnung auf den Personalschlüssel erfolgt in der Regel ab dem ersten Tag der Ausbildung mit mindestens 19 und maximal 28 Stunden wöchentlich.

Die Anrechnungsfähigkeit von dualen Ausbildungsgängen unterliegt gesonderten Kriterien und ist einzelfallbezogen im Vorfeld mit der Einrichtungsaufsicht abzuklären.

Diese Regelungen gelten analog für alle Ausbildungsgänge gemäß Punkt 1.1 (Pädagogische Fachkräfte).

3.2 Nichtschülerprüfung (externer Erzieherabschluss)

Der Fachschulabschluss einer Fachschule für Sozialpädagogik als Voraussetzung für die staatliche Anerkennung als Erzieher*in, kann durch eine Prüfung für „Nichtschüler*innen“ erworben werden.

(Informationen hierzu unter <http://www.berlin.de/sen/bjf/>).

Die Vorbereitung auf die Prüfung erfolgt individuell oder durch den Besuch eines Vorbereitungskurses. Über die Zulassung zur Prüfung entscheidet die zuständige Schulaufsicht.

Die Tätigkeit von Personen, die beabsichtigen, die Nichtschülerprüfung abzulegen, wird unter folgenden Voraussetzungen auf den Personalschlüssel angerechnet:

- Für Personen, die sich durch den Besuch eines Vorbereitungskurses auf die Prüfung vorbereiten, gilt die Anrechnung ihrer Tätigkeit in der Jugendhilfeeinrichtung auf den Fachkräfteschlüssel ab dem ersten Tag des Kursbesuches.
- Für Personen, die sich individuell auf die Prüfung vorbereiten, gilt die Anrechnung ab dem Tag der schriftlichen Zulassung zur Prüfung.

Bei erfolgreich bestandener Nichtschülerprüfung kann die staatliche Anerkennung als Erzieher*in beantragt werden.

Wird die Nichtschülerprüfung nicht bestanden, erlischt die Anerkennung der Anrechnung auf den Personalschlüssel mit dem Tag der nicht bestandenen Prüfung. Ein evtl. absolvierter Vorbereitungskurs ist nicht anrechnungsfähig!

3.3 Verwandte Berufsgruppen

In begründeten Einzelfällen können Mitarbeiter*innen auf den Personalschlüssel angerechnet werden, die auf Grund ihrer Berufsausbildung, ihrer beruflichen Erfahrungen und Fortbildungen hinreichende Fachkenntnisse (siehe 3.3.1) besitzen (der Bereich Eingliederungshilfe wird gesondert bewertet).

Absolventen und Absolventeninnen folgender Ausbildungs- bzw. Studiengänge gehören

beispielsweise zur Gruppe der für die Anrechnung anererkennungsfähigen Personen.

1. Magister/Bachelor/Master mit dem Hauptfach Erziehungswissenschaften
2. Sonderpädagog*innen
3. Rehabilitationspädagog*innen
4. Heilerziehungspfleger*innen
5. Gemeindepädagog*innen

Anträge auf Anrechnungsfähigkeit, die sich auf andere fachspezifische Berufe beziehen, können ebenfalls geprüft werden. Grundsätzlich werden bei diesen Personen mindestens ein mittlerer Schulabschluss, eine abgeschlossene Fachschulausbildung und einschlägige Berufspraxis vorausgesetzt.

3.3.1 Hinreichende Fachkenntnisse

Von hinreichenden Fachkenntnissen kann dann ausgegangen werden, wenn zu folgenden Schwerpunkten ausreichende Grundkenntnisse vorliegen:

1. Rechtliche Grundlagen
 - Grundkenntnisse des Jugendhilferechts sowie Kenntnisse der Strukturen, Verfahren und Aufgaben in den Hilfen zur Erziehung
 - Grundkenntnisse des Familienrechts

2. Sozialpädagogische Grundlagen

- Methodik sozialpädagogischer Arbeit
- Aufsichtspflicht und Selbstständigkeitserziehung
- Gestaltung von Alltags- und Gruppenprozessen
- Geschlechtsbewusste Arbeit mit Mädchen und Jungen
- Partizipation: Kinderrechte und Beteiligung von jungen Menschen
- Kindeswohl und Kinderschutz
- Möglichkeiten der Prävention und Intervention
- Integration von Kindern mit besonderem Förderbedarf, Inklusion
- Sozialpädagogisches Fallverstehen und Hilfeplanung
- Diversity und Interkulturalität

3. Psychologische Grundlagen

- Entwicklungspsychologie, Bindungstheorie
- Soziales Lernen, Interaktion und Kommunikation
- Beziehungsgestaltung und Ablösung
- Gruppendynamische Prozesse
- Rollen, Aufgaben und Funktion in den verschiedenen Arbeitssettings
- Selbstreflexion, Nähe-Distanz-Regulierung und Umgang mit Macht

4. Methodische Grundlagen

- Beobachtung und Dokumentation von Entwicklungsprozessen
- Konflikte, Mobbing und Gewalt: Möglichkeiten der Prävention und Intervention, Möglichkeiten der Deeskalation,
- Analytische und konzeptionelle Kompetenz zur Problemanalyse, Diagnose, Einleitung von Handlungsstrategien
- Qualitätsentwicklung und Evaluation

5. Kooperation und Zusammenarbeit im Team, Organisation und Koordination des Zusammenwirkens unterschiedlicher Fachkräfte (Jugendamt, Schule, Beratungsstellen u.ä.), Sozialraumorientierung

6. Kooperation und Zusammenarbeit mit den Eltern, Familienarbeit

- Grundlagen der prozessorientierten und planvollen Eltern- und Familienarbeit
- Grundlagen der methodischen Beratung u.a.
 1. systemische Eltern- und Familienarbeit
 2. Familienaktivierung, Videotraining, Rollenspiele
 3. Formen der Gesprächsführung

3.3.2 Nachweis von Grundkenntnissen

Im Verlaufe von bis zu drei Jahren müssen alle Quereinsteiger*innen aus verwandten Berufen Fortbildungen von insgesamt 300 Stunden aus den o.g. Schwerpunkten absolvieren. Davon sind im Regelfall 80 Stunden in den Schwerpunkten 2 und 4 zu belegen.

Da die Quereinsteiger*innen über unterschiedliche Eingangsvoraussetzungen verfügen, kann der Träger im Regelfall mit seinen Beschäftigten im Übrigen (220 Stunden) eine individuelle Fortbildungsplanung erstellen und innerhalb der Schwerpunkte wählen und entsprechende Akzente setzen.

Auf besonderen Antrag kann der Umfang der vorgeschriebenen Fortbildungen reduziert werden, wenn prüffähige Nachweise eingereicht werden, die Auskunft über das Vorliegen der erforderlichen Kenntnisse geben.

Die Anerkennung auf Anrechnung auf den Personalschlüssel wird vorbehaltlich der Teilnahme an den Fortbildungen ausgesprochen. Die Teilnahme ist der Einrichtungsaufsicht unaufgefordert durch den Träger bis zum Ende des entsprechenden Zeitraums nachzuweisen.

Die einschlägige Berufspraxis kann ggf. durch ein Praktikum in einer Einrichtung der Jugendhilfe ersetzt werden.

Ein Nachweis kann erfolgen durch:

- einschlägige weitere, über den Grundberuf hinausgehende, Studien- bzw. Ausbildungsabschlüsse
- erfolgreich absolvierte Fort- und Weiterbildungen
- einschlägige berufliche Praxis

3.3.3 Perspektive für Quereinsteiger*innen mit verwandten Berufsabschlüssen

Nach vollständiger und fristgerechter Ableistung von Fortbildungsaufgaben und der Vorlage entsprechender Belege bei der Einrichtungsaufsicht, kann der Träger die jeweiligen Mitarbeiter*innen innerhalb des Trägers uneingeschränkt als Fachkräfte einsetzen. Das gilt für alle Stellen mit einer vergleichbaren Qualifikationsanforderung (siehe Punkt 1.1).

Nach sechs Jahren ununterbrochener Tätigkeit gelten Personen gemäß Punkt 3.3 nicht mehr als Quereinsteiger*innen im Sinne dieser Regelungen und können in allen betriebsurlaubspflichtigen Angeboten im Land Berlin uneingeschränkt als pädagogische Fachkräfte eingesetzt werden.

Kommt es innerhalb der ersten sechs Jahre Tätigkeit zu einem Trägerwechsel bzw. zur Beendigung der Tätigkeit, muss der neue / zukünftige Träger einen begründeten Antrag auf Anrechnung stellen. Die Einrichtungsaufsicht entscheidet dann im Einzelfall über die Bewertung als Quereinsteiger*in, ggf. in Form zusätzlicher Fortbildungsaufgaben.

3.3.4 Bestandsschutz

Bei Personen, die **bis zum 1.11.2011** ihre Tätigkeit aufgenommen haben, mindestens sechs Jahre ohne Unterbrechung in einem teilstationären oder stationären Angebot in Berlin unter Anrechnung auf den Personalschlüssel durchgehend tätig und ordnungsgemäß bei der Einrichtungsaufsicht gemeldet waren, wird davon ausgegangen, dass ausreichende Erfahrungen und Kompetenzen vorliegen, um situationsunabhängig erfolgreich arbeiten zu können.

Für diese Personen gilt beim bisherigen Träger und dem bisherigen Einsatzort Bestandsschutz. Bei einem Wechsel des Trägers oder des Einsatzortes gelten die genannten und jeweils aktuellen Regelungen im vollen Umfang.

3.4 Muttersprachliche Mitarbeiter*innen

Leistungsangebote, bei denen der Einsatz von Muttersprachler*innen aus konzeptionellen Gründen geboten ist, unterliegen hinsichtlich der Anrechnung auf den Personalschlüssel besonderen Kriterien.

Hier sind in begründeten Ausnahmefällen auch Personen auf den Fachkräfteschlüssel anrechenbar, die nicht die genannten fachlichen Voraussetzungen erfüllen, sofern ihr Einsatz vom Träger umfassend fachlich begründet werden kann und keine Zweifel an der persönlichen Eignung der Person besteht. Die persönliche Eignung umfasst auch den Nachweis umfassender Kenntnisse der deutschen Sprache (Sprachkompetenzstufe B2 oder entsprechende Zertifikatskurse).

Eine Anerkennung auf den Fachkräfteschlüssel kann an Auflagen gebunden werden, die über den genannten Rahmen für Kräfte aus verwandten Berufen hinausgehen.

Ein solcher Ausnahmefall für muttersprachliche Mitarbeiter*innen ist immer zwingend an ein Leistungsangebot gebunden, wird i.d.R. befristet und unterliegt ausdrücklich nicht der Bestandsschutzklausel.

Der Anteil muttersprachlicher Quereinsteiger*innen in einem Leistungsangebot darf 25 %, in begründeten Einzelfällen 30 % des Personalstandes nicht überschreiten.

Ihre Einrichtungsaufsicht